

EINGABE DES MIETERBUNDS UM FÜNF MONATE VERSCHOBEN

Mietpolitik der Stadtbau wird vorerst nicht diskutiert

Empfehlen 10

Straffere Zügel für die Stadtbau – das hat eine Eingabe des Mieterbunds an den Stadtrat zum Ziel. Nun hat der Oberbürgermeister die Diskussion darüber um fünf Monate verschoben und begründet das mit Zuständigkeiten.



„Es bringt nichts, bei dem Thema auf Zeit zu spielen.“ Der Vorsitzende des Mieterbunds, Kurt Schindler. Foto: Archiv

Scheut der Oberbürgermeister eine öffentlich geführte Diskussion über die Mietpreispolitik der Stadtbau GmbH? Die Behandlung einer Eingabe des Mieterbunds Regensburg an den Stadtrat, in der insbesondere gefordert wurde, der städtischen Wohnbaugesellschaft straffere Zügel anzulegen, wurde nun kurzfristig um mehrere Monate verschoben. Entgegen der ersten Ankündigung, dass sich der Planungsausschuss des Stadtrats noch im Januar damit beschäftigen sollte, wurde die Eingabe nun auf den 6. Juni vertagt – in den Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligungen. Das sei der Ausschuss, in dessen Zuständigkeit das Thema falle, heißt es von Seiten der Stadt. Der Vorsitzende des Mieterbunds Kurt Schindler, dem die Verschiebung am Donnerstag telefonisch mitgeteilt wurde, zeigt sich in einer ersten Stellungnahme „entsetzt und verwundert“.

„Ein derart brisantes Thema kann man auch durch Nichtbehandlung nicht entschärfen.“

„Wenn wir uns vorstellen, dass die Stadtbau bei ihrer bisherigen Geschäftspolitik bleiben und der Stadtrat daran nichts ändern wird, dann packt uns aus Sicht der Mieter das blanke Entsetzen“, so Schindler. Sollte der Oberbürgermeister auf Zeit spielen wollen, ergebe das überhaupt keinen Sinn. „Ein derart brisantes Thema kann man auch durch Nichtbehandlung nicht entschärfen.“

Wie berichtet, geht es dem Mieterbund insbesondere darum, die Stadtbau davon abzuhalten, die gesetzlichen Möglichkeiten zur Mietpreiserhöhung stets zur Gänze auszuschöpfen. Ein plakatives Beispiel: In einem Stadtbau-Haus in der Adalbert-Stifter stieg die Miete nach der Sanierung um 123 Prozent – von 4,09 auf 9,13 Euro pro Quadratmeter [1] .

Weder CSU-Fraktionschef Christian Schlegl noch sein SPD-Pendant Norbert Hartl wissen etwas von der Verschiebung, als wir sie am Donnerstag dazu befragen. Während Schlegl das Ganze verteidigt – der Ausschuss für Beteiligungen sei der einzig zuständige – ist Hartl davon nicht sonderlich begeistert. „Ich bin der Meinung, dass diese Eingabe rasch behandelt werden sollte. Das Thema ist dringlich.“ Allerdings entscheide der Oberbürgermeister über die Zuständigkeiten und setze die Tagesordnung fest. Bereits vor der Eingabe des Mieterbunds habe die SPD gefordert, die Mietpreispolitik der Stadtbau auf den Prüfstand zu stellen, so Hartl.

Streit um Mietpolitik schon im Stadtbau-Aufsichtsrat

Tatsächlich hatte es in der Vergangenheit im Aufsichtsrat der Stadtbau heftige Diskussionen zwischen SPD und CSU wegen einzelner Mieterhöhungen in Stadtbau-Wohnungen gegeben. Allerdings hatte die CSU bei den

Abstimmungen stets die Nase vorn. Die ablehnende Haltung der SPD teilten im Aufsichtsrat lediglich die Grünen.

Stadtbau-Chef Joachim Becker hatte die Mieterhöhungen insbesondere mit dem Argument verteidigt, dass man das notwendige Geld für Neubauten ja irgendwoher nehmen müsse. Hätte die Stadtbau in der Vergangenheit nicht mehrere ausgewählte Grundstücke und Gebäude verkauft, so Becker, hätte die Wohnbaugesellschaft sogar Verluste gemacht. Unter anderem deshalb fordert der Mieterbund auch ein kommunales Wohnbauförderprogramm. Die Grünen denken sogar über eine Kapitalerhöhung der städtischen Tochter nach. Doch das ist ein Thema, über das der Oberbürgermeister schon gar nicht diskutieren will.